



DIE LINKE.

Fraktion P r e n z l a u

**DIE LINKE.
Fraktion der SVV Prenzlau
Der Vorsitzende**

DIE LINKE, Diesterwegstr. 6, 17291 Prenzlau
☎ 03984 – 5172 ☎ 03984 – 806010 ☎ 0171 – 7345355
✉ uckermark@dielinke-uckermark.de jorge1966@web.de

Stellungnahme/Position
öffentlich

25.10.2012

Hundesteuersatzung

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren.

Wer erhöht schon gerne Steuern?

Wenn es nach mir ginge, würden wir auf jegliche Formen von Steueranhebungen generell verzichten. Die gegenwärtigen Lebenshaltungskosten sind ohnehin schon hoch genug. Und die Steuern, die erhoben werden sollten, werden nicht erhoben.

Andererseits wollen wir unseren Lebensstandard und die Lebensqualität unseres Wohnumfeldes und unserer Stadt deutlich erhöhen. Jeder wünscht sich ein Maximum für seinen Lebensmittelpunkt.

Der Tunnel am Bahnhof ist eine respektable Veränderung des Stadtbildes und dank der Fahrstühle eine wesentliche Erleichterung für alle Menschen, gleich welcher Belastung sie ausgesetzt sind. 1 Million Euro Mehrausgabe! Die Entwicklung des Marktberges – die ursprüngliche Form wurde sogar durch einen Bürgerentscheid durchgesetzt –, des Herzens der Stadt. Kosten: Vermutlich deutlich über 1 Million Euro. Das Tor zum Uckersee, ein sensibler und gleichzeitig hochbegehrter Aufenthaltsbereich für die Prenzlauer und ihre Gäste. Die Schließung von kriegsbedingten Baulücken, die Erhaltung der historischen Gebäude der Stadt, die gewünschte Sanierung des Goldfischteiches, der Turm für die Jacobikirche, ein Gewölbe für die Hauptkirche von Prenzlau – St. Marien – nebst Orgel, sanierte und befahrbare Straßen, freie Nutzung der Sportstätten für die Prenzlauer Vereine, Schulsozialarbeit ... die Liste wäre beliebig fortsetzbar, die Begehrlichkeiten sind groß. Alles kostet Geld und viele der aufgeführten Maßnahmen konnten und können nur über eine finanzkräftige Haushaltslage erreicht werden. Doch nun ist das Geld alle. Also muss man sich als Kommune Gedanken machen, woher das Geld kommen soll. Zudem muss die laufende Verwaltung finanziert und die Aufrechterhaltung von verpflichtenden Maßnahmen sowie von Ordnung und Sauberkeit in der Stadt gewährleistet werden.

Ich kann Frau Reimann und Frau Förster gut verstehen, wenn sie die Hundesteuer nicht als Sanierungsgrundlage für den kommunalen Haushalt sehen. Das geht uns als Fraktion auch so. Aber wir sehen auch, dass im Zusammenhang mit der Haltung von Hunden gewisse Pflichten entstehen. Und auch wenn jeder einzelne Hundehalter von sich behauptet, dass sein Hund keine Verunreinigungen hinterlässt, finden sich die „Tretminen“ an den diversen Stellen der Stadt regelmäßig. Deren Entsorgung kostet Geld. Und diese Kosten sind seit 2004 gestiegen. Es gilt aber das Verursacherprinzip. Wenn sich Herrchen oder Frauchen nicht an die geltenden Regeln halten, entstehen Kosten. Wir glauben, dass

die Anhebung der Steuer für den Ersthund um 18 Euro im Jahr – 5 Cent pro Tag – durchaus zu leisten ist. In meinem Haushalt allein dadurch, dass diverses „Hundezubehör“ eingespart wird.

Richtig ist, und dazu hat meine Fraktion einen Antrag gestellt, dass es nicht bei der Anhebung der Steuer bleiben kann. Diejenigen Hundebesitzer, die sich ihren Pflichten – Meldung des Hundes, sozial gerechte Haltung des Vierbeiners etc. – entziehen, müssen zur Einhaltung ihrer Pflichten gezwungen werden. Und das notwendigerweise auch über das Geld. Dazu müssen die staatlichen Instanzen ihre Bemühungen verstärken, vor allem aber Aufklärung leisten. Das allgemein vernommene „Das machen wir schon!“ reicht da nicht aus.

Wir stimmen dem Antrag der Verwaltung unter genau dieser Maßgabe zu.

Das Rechenbeispiel von Herrn Melters stimmt nicht. 1.155 angemeldete Hunde mit 10 € „Ersparnis“ ergeben 11.550 €. Ihre Deckung durch die Fraktionsgelder erbringt ca. 7.000 €. Da ergibt sich immer noch eine Finanzierungslücke von gut 4.500 €. Meine Fraktion nutzt diese Gelder z.B. zur transparenten Darstellung ihrer Arbeit sowie zur Finanzierung des Fraktionszimmers, was für unsere Arbeit notwendig ist.

Weiterhin führen Sie, Herr Melters aus, dass Prenzlau überproportional die Hundesteuer anheben will. Sie belegen dies an Vergleichsstädten aus der Region, reduzieren Ihre Ausführungen aber auf den 1. Hund. Das ist eine Rechnung, die von falschen Ansätzen ausgeht. Sicherlich wäre Prenzlau mit einer Hundesteuer auf den 1. Hund von 60 € im oberen Bereich zu finden. Nimmt man aber die anderen Größenordnungen – 2. und weitere Hunde –, wird man Prenzlau eher im unteren Mittelfeld finden. Dies gehört zur Nutzung von Statistiken dazu, will man seriös berichten.

Die Hundesteuer ist letztmalig 2004 angehoben worden. Der Grad der Aufwendungen für die Beseitigung von Verunreinigungen und das Bereitstellen von Hilfsmitteln ist sicherlich nicht auf dem Stand von 2004 geblieben. Davon kann man sich zu Fuß ein eindrucksvolles Bild machen, auch wenn Prenzlau noch vergleichsweise sauber ist.

Die indirekte Behauptung, dass die Hundehalter sich ihrer Meldepflicht stärker entziehen würden, wenn die Steuer für den Ersthund auf 60 € im Jahr – das entspricht 16 €-Cent pro Tag, also einer Erhöhung von 5 Cent pro Tag – angehoben wird, ist durch nichts bewiesen. Im Gegenteil: Aussagen vieler Hundebesitzer zufolge haben sie Verständnis für die Anhebung. Das trifft auch auf einen Teil der hundebesitzenden Stadtverordneten zu, was den Vorwurf, die Stadtverordneten würden sich um den Ausgleich der finanziellen Engpässe der Stadt drücken, widerlegt.

„Gutes Beispiel“ geben, muss nicht mit dem Verzicht von 70 – 130 € im Monat beziffert werden.

Der Weg der Bürgerfraktion, Ausgaben zu reduzieren, ist sicherlich richtig. Das konkrete Mittel halten wir für vollkommen ungeeignet.

Vielen Dank.